

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Ercheint
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1.20
monatl. 40 Pf.
bei allen württ. Postanstalten
und Boten im Orts- u. Nach-
barortsverkehr vierteljährlich M. 1.20
außerhalb desselben M. 1.30.
bienn Postgelde 30 Pf.
Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.

Verfindigungsblatt
der Kgl. Forstämter Wildbad, Meßtern,
Enzklösterle u.

Beitung für Politik,
Unterhaltung und Anzeigen.

Inserate nur 8 Pfg.
Auswärtige 10 Pfg. die Klein-
spaltige Garnondzelle.
Reklamen 15 Pfg. die
Peltzelle.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Abonnements
nach Uebereinkunft.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 53

Wildbad, Samstag den 4. März

1905

Wochenrückblick.

Ostasien ist für unsere Militärs eine unerschöpfliche Fundgrube von Beweisgründen zur Vermehrung unserer Wehrkraft! Die guten und die bösen Beispiele, die sich aus dem russisch-japanischen Kriege ziehen und zur Nyanwendung auf das Deutsche Reich verwerten lassen, erstrecken sich nachgerade auf alle Waffengattungen. Japan hat mit einem Torpedoangriff die russische Flotte überrumpelt, folglich sind Torpedoboote sehr wichtig für unsere Marine. Die russischen Schlachtschiffe haben auf offener See zeitweilig die japanischen Torpedoboote und Kreuzer zurückgedrängt, folglich müssen wir mehr Kreuzer und besonders viele Schlachtschiffe haben. Auch die Küstenverteidiger und das Seeminwesen ist nicht zu vernachlässigen, und wenn man hört, daß die Russen Unterseeboote verwenden wollen, so ergibt sich die Lehre, diese furchtbare und noch sehr geheimnisvolle Waffe uns ebenfalls zuzulegen. Die japanische Infanterie hat am Jaku und am Schaho bisher den Ausschlag gegeben, — ergo wollen wir unsere Infanterie auf der Höhe halten, und kein Knopf darf fehlen. Wie tapfer haben die Russen Port Arthur gehalten, — ein Fingerzeig, daß die Festungen nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden sollen. Und dann die japanische Belagerungsarmee und das Planierenwesen! Besonders zu beachten!

Eine japanische Waffe hat man uns bisher noch nicht als Rußer „vorgeboten“, obwohl es gerade die Reiterei war. Japan hat keine Kavallerie, hieß es anfangs. Die russischen Kosaken werden den Japanern schwere Sorgen bereiten! In Korea sah man die russische Kavallerie schon „im Rücken der Japaner“ spuken, Port Arthur hätten die Kosaken beinahe „erispiert“, und dann die gewaltigen Marschbewegungen, — kurzum, Reiterei muß man heutzutage haben, massenhaft, wenn man Krieg führen will. Was aber geschah in Wirklichkeit? Wo die Kosaken als Reitergeschwader die Infanterie angriffen, wurden sie abgeschlagen, und wenn sie zu Fuß fortzogen, gelang ihnen noch weniger irgendwas Entscheidendes. Die mangelhafte und wenig zahlreiche berittene Macht der Japaner hat ausgereicht, den Aufklärungsdienst und den Meldeerdienst zu versehen, und bis jetzt haben die japanischen Infanteristen mit ihren stinken Beinen, scharfen Schützenaugen und tapferen Herzen, die auch im Handgemenge dem großberühmten russischen Bajonett erfolgreich standhielten, die russische Armee aus allen feilen Stellungen geworfen.

Trotzdem hat der preussische Kriegsminister v. Einem, als er in der Budgetkommission des Reichstags die Vermehrung der deutschen Kavallerie bewortete, wieder auf Ostasien hingewiesen! Hoffentlich läßt sich weder die Kommission noch der Reichstag durch alle diese Manöver aus der kritischen Reserve herausbringen, die den Kavallerieforderungen gegenüber geboten ist. Mindestens muß man bei solchen Gelegenheiten auf Kavallerie-Reformen bedacht sein, nach den Vorschlägen alter Reiteroffiziere, die den Meldeertypus und den berittenen Vorposten besser ausbilden wollen, statt des Barabreiters und des Massenattadenkavalleristen.

Im Plenum des Reichstags hat die ablaufende Woche aus Anlaß der Beratung des Etats des Reichs- amts des Innern sozialpolitische Erörterungen gebracht. Staatssekretär Graf Posadowsky antwortete dabei — es war vorgestern — interessante und wichtige sozialpolitische Abhichten. Wir haben wiederholt und neulich in einer Versammlung des Freien Arbeitervereins die Auffassung vertreten, daß unsere ganze Versicherungsgebung viel zu kompliziert ist und viel zu viel Verwaltungslosten verursacht, um ihren Zweck richtig erfüllen zu können. Wir halten eine Vereinfachung und Vereinfachung für dringend erforderlich; und ist es erfreulich, daß diese Erkenntnis auch in maßgebenden Kreisen immer mehr durchzudringen scheint. Posadowsky hat es acceptiert, daß man ihn den „Lokomotivführer der sozialpolitischen Bewegung“ nenne. Aber er hat davor gewarnt, den Zug zu überlasten, da dadurch das Tempo verlangsamt werde. Der Staatssekretär glaubte es beklagen zu müssen, „daß jetzt Tausende um jeder Kleinigkeit willen, die man früher kaum be-

achtet haben würde, die Krankenkassen in Anspruch nehmen.“ Ein Drittel aller Krankengelder werde nicht für wirkliche Krankheiten gezahlt. Noch vor dreißig Jahren war Hysterie eine Frauentrunkheit, heute zähle man Tausende von hysterisch-willenskranken Arbeitern. Damit hänge eng zusammen das Anwachsen der Rente. Die tatsächliche Steigerung der Beitragseinnahmen betrug 1903 gegen die Vorjahre durchschnittlich vier bis fünf Prozent; die Zahl der neubewilligten Invalidenrenten ist aber bei sämtlichen Versicherungsanstalten im abgelaufenen Jahr 1904 von 152 873 auf 140 112 zurückgegangen, nachdem vorher eine ganze enorme Steigerung erfolgt war. Das ist zurückzuführen auf die Revisionsverhandlungen, die im Auftrage des Reichsversicherungsamtes stattgefunden haben. Bei diesen Untersuchungen hat sich herausgestellt, daß sehr häufig bei der Behandlung der Sache nicht scharf genug unterschieden wird zwischen der Berufsinvaldität und der reichsgesetzlichen Invalidität. Ferner hat sich ergeben, daß die Lokalbehörden mit Arbeit überlastet sind. Diese Beobachtungen führten zu dem Schluß, daß die jetzige Verfassung unserer gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung nicht auf die Länge so bestehen bleiben könne. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben einen Koloss aufgebaut und die Geschäfte des Reichsversicherungsamtes haben in einer geradezu entseuernden Weise zugenommen. Wir haben fortgesetzt mit großen Rücksichten zu kämpfen. Der Hauptfehler unseres jetzigen sozialpolitischen Verfahrens ist der, daß wir einen kolossalen Oberbau, aber keinen entsprechenden Unterbau haben. Heute würde kein vernünftiger Mensch daran denken, eine besondere Organisation für die Krankenpflegeversicherungen, eine besondere für die Invaliden- und Altersversicherung zu schaffen. Es würde nicht der geringste Streit darüber bestehen, daß eine einheitliche Organisation geschaffen werden muß. (Sehr richtig!) Die jetzige Zerplitterung führt zu zahllosen Fraktionen und Rechtsstreitigkeiten, die den Gang der Maschine wesentlich aufhalten. Es muß daher angestrebt werden, diese drei Versicherungsarten in eine einheitliche Form zu bringen. (Beifall.) Dabei muß unsere ganze Versicherung eine festere Gerippe als bisher bekommen. Ich glaube, daß man einen Unterbau unter berufsmäßiger Leitung schaffen muß, in dessen Händen die Ausführung der sozialpolitischen Gesetzgebung in beschränkten Verwaltungsbezirken in erster Instanz liegt. Ich kann mir nur denken, daß einem solchen selbständigen Unterbau dann auch der Gewerbebeamte und der Kreisarzt angegliedert werde. Dieses große Werk zu schaffen, würde fast die Kraft eines Diktators beanspruchen. Ich weiß nicht, ob mir das Schicksal Amtsdauer, Leben und Lebenskraft genug geben wird, um dieses Werk auszuführen, aber wenn die Sozialpolitik auf eine wirksame sozialpolitische und finanziell geordnete Grundlage gestellt werden soll, so wird nichts übrig bleiben, wie an eine solche große Reform heranzutreten. (Lebhafte Beifall.)

In Norwegen ist eine Ministerkrise ausgebrochen, der eine ernsthafte Bedeutung beizumessen ist. Es handelt sich um die prinzipielle Festlegung von nationalen Forderungen der norwegischen Hälfte der schwedisch-norwegischen Union. Norwegen strebt schon seit längerer Zeit eine selbständige diplomatische und konsularische Vertretung an. Nach langen Verhandlungen hatte man auch im März 1903 eine mittlere Linie gefunden — Trennung des Konsulardienstes und die Möglichkeit für Norwegen, den Minister des Äußern stellen zu dürfen — als Schweden diese Zugeständnisse wieder leid wurden. Es verlangte weitere Kompensationen, die in der Preisgabe gewisser Rechte der norwegischen Volksvertretung zugunsten der königlichen Macht bestanden. Aber die Norweger sind ein hartes knorriges Volk und gaben nicht nach. Am 7. Februar ds. Js. kam es in einer gemeinsamen Sitzung des schwedischen und des norwegischen Ministeriums zu einem völligen Bruch. Der greise König Oskar fühlte sich der schwierigen Lage nicht mehr recht gewachsen und zog es vor, die Regierung zeitweilig in die Hände seines Sohnes zu legen. Aber

auch dieser vermochte die beiden widerstrebenden Unionstaaten nicht wieder zusammenzubringen und da sich dem norwegischen Ministerium kein Ausweg auf dem Konflikt zeigte, trat es vom Amte zurück. Damit ist aber die schwedisch-norwegische Frage nicht gelöst, sie ist vielmehr auf einem toten Punkt angelangt, der aller Voraussicht nach nur durch Nachgiebigkeit von schwedischer Seite überwunden werden kann.

Man glaubte in den letzten Tagen, daß die Arbeiterausstände in Rußland endlich zur Ruhe kämen. Nun sind aber von Neuem schwere Streiks ausgebrochen. An der Bahnlinie Moskau-Nischni-Rogorod haben allein 60 000 Mann auf einen Schlag die Arbeit niedergelegt, in Reval sind die meisten Werkstätten- und Fabrikarbeiter, in Rostow die Druckereiarbeiter ausständig geworden. In letzterer Stadt ist es sogar zu einem blutigen Zusammenstoß mit dem Militär gekommen, bei dem mehrere Leute verwundet wurden. Auch von Batum wird gemeldet, daß die Güterabfader streiken, sogar in einer Vorstadt Petersburgs sind aufs Neue 10 000 Arbeiter in den Ausstand getreten. Den Eisenbahnbeamten hat man allerdings den Streik dadurch unmöglich gemacht, daß man sie unter das Militärgesetz stellte. Großes Aufsehen erregte es zu Beginn der Woche, daß der Landwirtschaftsminister den Mut hatte, in einer Denkschrift für den Kaiser festzustellen, daß normale Verhältnisse und eine Beruhigung der Gemüter in Rußland nur durch Einführung einer Konstitution und Berufung von Volksvertretern zu erhoffen sei. Und dazu muß es noch kommen, wenn der Anarchie nicht wiederum Anlässe zum Eingreifen gegeben werden, und der Sonntag vom 22. Januar sich nicht wiederholen soll. Was will es gegenüber den massenhaften Ausständen, die doch alle ein Protest gegen die herrschenden Verhältnisse sind, bedeuten, daß einige Vertreter der Moskauer Börse letzter Tage an den Kaiser eine Ergebnissadresse mit dem Ausdruck der Abhängigkeit an das Prinzip der Selbstherrlichkeit gerichtet haben?

In der Mandchurci ist es plötzlich wieder lebendig geworden. Und zwar sind es diesmal die Japaner, die die Offensiven ergriffen. Zwar, das hinter dem Schaho stark verchanzte russische Gros griffen sie nicht an. Das hätte ihnen zu viele Verluste gekostet. Sie zogen es vor, gleichzeitig zwei Umgehungsbewegungen auszuführen: Nogi im Westen, Kuroki im Osten. Nogi ist nach den letzten über ihn vorliegenden Nachrichten bis in die Nähe von Tieling vorgeedrungen und hat nördlich von diesem Ort die Eisenbahnlinie zerstört. Das kann sehr schlimm für die Russen werden, denn sie sind in der Zufuhr auf die Bahn angewiesen, wenn auch nicht anzunehmen ist, daß Nogi soviel Truppen besitzt, um das russische Zentrum im Rücken anzugreifen. Auch auf dem linken russischen Flügel haben die Japaner Erfolge gehabt. Kuroki soll dort den Russen eine schwere Niederlage bereitet haben und langsam aber stetig nach Norden vordringen. Hier galt der Kampf vor allem dem in den Händen der Russen befindlichen Putifowhügel und der in seiner Nähe liegenden Schahobrücke. Letztere wollen die Russen den Japanern abgenommen haben, aber aus neueren Nachrichten ist zu schließen, daß die Japaner die Russen wieder von ihr vertrieben.

Aus dem Reichstag.

Aus der vorgestrigen Rede des Grafen Posadowsky seien noch folgende Stellen angeführt:

Die Ausdehnung der Arbeiterversicherung auf die Heimarbeiter ist außerordentlich schwierig. Wir sind mit der Frage beschäftigt und hoffen, daß wir zu einem Resultat kommen werden. Die Arzneitage, die keine Reichssache ist, sondern auf Vereinbarungen der einzelnen Regierungen beruht, überläßt es ausdrücklich den Bundesstaaten, Vorzugspreise für kleine Klassen usw. vorzusehen. Was die Einführung des Proportionalwahlsystems für die Krankenkassen anlangt, so warten wir zunächst die Wirkung dieses Systems bei den Kaufmannsgerichten ab. Daß die freien Klassen zu bedenklichen Gründungen geführt haben, ist richtig. Ein

gesetzliches Vorgehen in dieser Beziehung ist nötig. Man wird diese freien Kassen unter das Aufsichtsam für Privatversicherungen stellen müssen. Für die Witwen- und Waisenversicherung sind Grundzüge ausgearbeitet und den Regierungen zugesandt worden. Die Hauptsache aber ist die Regelung der Finanzfrage und da müssen wir zunächst abwarten, wie hoch sich die Einnahmen aus dem neuen Zolltarif stellen werden.

Es ist auch wieder die Frage der Wehrkraft der städtischen und ländlichen Bevölkerung aufgeworfen worden. Nach den genauesten Erhebungen waren von der ländlichen Bevölkerung 58 Prozent, von der städtischen Bevölkerung nur 53 1/2 Prozent, von der Stadt Berlin noch nicht 33 Prozent wehrfähig. Hiernach ist bewiesen, daß die städtische Bevölkerung im Durchschnitt einen schwächeren Organismus hat als die ländliche. Es folgt aber weiter daraus, daß alles, was wir zur Hebung der Lage unserer Industriearbeiter tun, zugleich im Interesse unserer Wehrkraft geschieht. Der preussische Entwurf über die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker ist vom Staatsministerium angenommen worden. Mit der Frage des Submissionswesens beschäftigen wir uns fortgesetzt, warten aber zunächst die Regelung der Frage in Preußen ab. Ueber die gewünschten gesetzlichen Bestimmungen gegen die Schmiergelder kann ich mich jetzt noch nicht äußern.

Ein herrlicher Friedensprediger!

Pfarrer Eßig in Lützenau richtet im „Schwab. Merkur“ folgenden offenen Brief „an die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft in Stuttgart“:

„Sie haben die Lebenswürdigkeit gehabt, Ihren Ausruf an Geistliche auch mir zuzuschicken. Schreiben Sie mir, daß ich auf diesem Weg Ihnen antworte!“

Daß die einzige sichere Bürgschaft des europäischen Friedens, wie dies seit mehr als 30 Jahren der Fall war, so auch jetzt noch und vielleicht für längere Zeit die Stärke des deutschen Heeres ist, das wissen Sie natürlich so gut wie ich. Wenn Sie noch andere Friedensbestrebungen unternehmen wollen, ist dies, könnte man zunächst sagen, Ihr Privatvergnügen. „So lange die Welt steht, wird's auch Menschen geben, die auf Stedenpferden reiten. Der liebt Mistal und Kletis, jener altes Kirchlein wasser. Einige suchen Altertümer, andere essen Malikäfer. Dritte machen schlechte Verse.“ Aber wir leben in einem Land des allgemeinen Wahlrechts, und ein großer Teil unseres Volks hat leider noch immer nicht begriffen, daß die Opfer, die ein großes Heer von ihm fordert, zur Erhaltung des Friedens absolut notwendig sind, glauben daher lieber den extremen Parteien, die, um ihre politischen Ideale zu erreichen, ein „Sedan“ für Deutschland, also einen Krieg und zwar einen unglücklichen Krieg wünschen müssen, obwohl gerade sie das Wort Frieden immer im Mund führen. Ihre, der Friedensgesellschaft, Bestrebungen sind natürlich gut gemeint, aber sie haben doch die Wirkung, das Volk in dem Bahn zu bestärken, daß es noch andere, billigere und erfreulichere Mittel gebe zur Erhaltung des Friedens als die Rüstung zum Krieg, sind also im Interesse des Friedens, den Sie wünschen, positiv schädlich. Aber auch dem inneren Frieden Deutschlands kommt Ihr Tun nicht zu nützen. Die erste Aufgabe der deutschen Reichsregierung ist und bleibt selbstverständlich, wenn sie für die Sicherheit und den Frieden Deutschlands die Verantwortung tragen soll, die Erhaltung der deutschen Wehrmacht. Solange sie darin von einem großen Teil des deutschen Volks nicht verstanden wird, solange sie keine Mehrheit im Parlament hat, die ihr die dazu notwendigen Mittel zur Verfügung stellt, muß sie immer und immer wieder mit dem Zentrum paktieren. Sie hat das schon unter Bismarck getan, und wird es auch in Zukunft tun aus dem sehr einfachen Grund, weil ein anderes konstitutionelles Mittel für sie überhaupt nicht existiert. Welche Folgen dies für den konfessionellen Frieden in Deutschland hat, das beweist wiederum der Toleranzantrag des Zentrums. Wenn Sie also den Drang und das Bedürfnis in sich fühlen, Frieden zu predigen, wenden Sie sich nicht an unser deutsches Volk, das durchaus nicht, wie Sie zu glauben scheinen, kriegerisch und blutgierig ist, wenden Sie sich an die Franzosen oder nach besser an die Engländer. Tun Sie dies mit einem Erfolg, so dürfen Sie meiner größten Hochachtung versichert sein.

Diese „geistreiche“ Schreiberei ist allerdings zum „Malikäfer essen“!

Die Geschäftsleitung der Deutschen Friedensgesellschaft antwortet darauf:

An Herrn Pfarrer Eßig in Lützenau.

Sie waren so lebenswürdig, auf eine freundliche Bitte, die wir durch Ueberwindung unseres Aufruhrs an Sie richteten, in spöttischer, also unhöflicher Weise zu antworten. Erlauben Sie uns eine kurze Erwiderung!

Wir wissen nicht und glauben nicht, daß die Stärke des deutschen Heeres die einzige sichere Bürgschaft des europäischen Friedens ist. Dieses Heer ist, wenn Sie das etwas derbe Bild gestatten, einem starken Bauwau zu vergleichen. Es hält unsere Feinde von einem etwa geplanten Ueberfall solange ab, als ihre — Bauwau schwächer sind als der unsere. Sobald sie aber stärkere Bauwau haben, oder sobald der unsere aus irgend einem Grund ein wenig auf der Nase liegen sollte, so würden unsere Nachbarn möglicherweise über uns herfallen, und dabei könnten nicht allein die „treuen Wächter“, nein, auch die Hausbewohner selber manchen herben Schaden leiden. Daß aber auch unsere Heermacht einmal geschwächt sein könnte, so gut wie es heute die russische Wehrmacht ist, die vom Japanskrieg auch einmal als die sicherste Bürgschaft des europäischen und — asiatischen Friedens betrachtet wurde, das halten wir Friedensfreunde für möglich, so unpatriotisch das Ihnen, Herr Pfarrer,

erscheinen mag. Aus diesem Grund suchen wir nach einer festeren Bürgschaft für den europäischen Frieden, und finden dieselbe in der Aufrichtung eines internationalen Rechts und eines völkerrechtlichen Prozederfahrens. Sie mögen das für ein Stedenpferd erklären. Wir meinen, die Herren Theologen, von denen viele so viel leeres Stroh zu drehen pflegen, sollten mit diesem Vorwurf etwas vorsichtiger sein. Uebrigens befinden wir uns mit unseren Bestrebungen in guter Gesellschaft. Kant hat, wie Ihnen, Herr Pfarrer, bekannt sein dürfte, seinerzeit den berühmten Traktat „zum ewigen Frieden“ geschrieben; Wilhelm II. hat im letzten Jahr die bekannte Aukhavener Rede zu Gunsten der Solidarität der Völker gehalten, und Graf Bülow schließt die von uns empfohlenen Schiedsgerichtsverträge ab und setzt die von uns gewünschten Schiedsgerichtsklauseln in die Handelsverträge, geht also immerhin einen Schritt vorwärts auf dem Weg, der der Aufrichtung des internationalen Rechts entgegenführt! Was die extremen Parteien wollen, denen Sie, Herr Pfarrer, so schreckliche Attentate auf die Sicherheit des deutschen Volkes zutrauen scheinen, so geht das uns als Friedensfreunde — denn als solche sind wir parteilos — nichts an. Diese extremen Parteien können sich bei Ihnen selbst für den Unsinn bedanken, den Sie ihnen imputieren, als ob sie ein „Sedan“ für Deutschland“, d. h. einen unglücklichen Krieg herbeiwünschten. Wenn aber wir Friedensfreunde dem deutschen Volk den „Frieden predigen“, so tun wir es nicht deshalb, weil wir dieses Volk für besonders blutgierig hielten, wohl aber deshalb, weil es in diesem Volk noch viele Leute giebt — Sie selbst, Herr Pfarrer, sind ein Beispiel davon —, die keine Ahnung davon haben, daß der Frieden auch auf einem anderen Grund als auf dem der Rüstung aufgerichtet werden kann. Die Engländer und Franzosen aber haben die Aufklärung über diese Frage weniger nötig als unsere lieben Deutschen, hundertmal stärker in Frankreich und England etwa hundertmal stärker ist als bei uns. Dort weiß so ziemlich jedes Kind, was die Friedensfreunde wollen, während es bei uns nicht einmal alle — Pfarrer wissen. Zum Schluß gestatten Sie uns, zu bemerken, daß Sie gut tun würden, eine erste Sache, über die Sie schreiben wollen, vorher etwas besser kennen zu lernen, ehe sie einen derartigen faulen Brief, wie es Ihr letzter war, vom Stadel lassen, mit dem Sie niemanden etwas nützen, aber vielleicht sich selbst in der öffentlichen Meinung nicht unerheblich schaden.“

Politische Rundschau.

Württemberg. Die Abgeordnetenkammer soll voraussichtlich am 28. März wieder zusammentreten, um die Etatsberatung noch vor dem 1. April beginnen zu können.

Berlin, 2. März. Das Zolltarifgesetz tritt lt. „Reichsanz.“ mit dem 1. März 1906 in Kraft.

Rom, 2. März. Die Obstruktion der Eisenbahnen ist in weiterem Abnehmen begriffen. Sämtliche Züge fahren nahezu fahrplanmäßig von den hiesigen Bahnhöfen ab.

Reichstags-Brief.

Berlin, 2. März.

Der Etat des Reichsamts des Innern wurde vor laudem Hause weiterberaten. Der Sozialdemokrat Fräßdorf, der längere Zeit als Odenbergerer tätig war, sprach über die Reichsarzzeitage, freie Arztwahl und ausführlich über den Leipziger Krankenkassenstreit. Der kleine bewegliche sächsische Geheimrat Fischer verteidigte die Maßnahmen der sächsischen Regierung in Dresden und Leipzig. Der Zentrumsmann Erzberger stellte die Forderung einer gesteigerten Unfallversicherungsversicherung für landwirtschaftlichen Betrieben auf. Staatssekretär Graf Posadowski zog in einer beinahe einständigen Rede das Fazit der mehrlägigen sozialpolitischen Debatte, in dem er eine Reform der einschlägigen bestehenden Gesetzgebung für nötig erklärte und es als eine dringende Aufgabe der nächsten Zukunft hinstellte, die Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung durch ein großzügiges Werk zu vereinigen. Es ging unentwegt weiter in den Einzelheiten: Beschäftigungsnachweis, Kartellensquete, § 65 des Vergesetzes, Halszungenverband, Zudeprämien und andere läche Sachen.

Der Kolonialkrieg in Südwestafrika.

Mit den Buren.

die in der Kapkolonie als Führer der Proviantkolonnen für die deutschen Truppen in Deutsch-Südwestafrika angeworben sind, hat man, wie der „Frl. Bzg.“ vom 28. Dez. aus Keetmanshoop berichtet wird, bis jetzt wenig gute Erfahrungen gemacht. Einige Führer sitzen bereits wegen Diebstahls im Gefängnis, andere haben auf Mannschaften der Truppe geschossen und vier sind mit Pferden, Gewehren und Munition ausgeritten und nach der Kapkolonie geflohen. Die Zahl der für den Transportdienst angeworbenen Truppen ist schon auf 1500 angewachsen, bald würden es 2000 sein.

Die Lage in Rußland.

Petersburg, 2. März. Die Wählerversammlung zur Wahl von Arbeiterdelegierten in die Schiedsgerichtscommission beschloß, vor der Delegiertenwahl folgende Forderungen zu stellen: Alle 11 Abteilungen des seit dem 22. Januar geschlossenen russischen Arbeiterverbandes sind wieder zu eröffnen; Arbeiterdeputierte sollen anderen Kommissionsmitgliedern gleichberechtigt sein; die Kommissionsitzungen sollen öffentlich sein; die Berichte hierüber zensurfrei gedruckt werden; persönliche Unantastbarkeit der Arbeiter-

delegierten soll garantiert werden. Alle seit dem 1. Januar festgenommenen Arbeiter sollen freigelassen werden. Falls bis zum 3. März mittags die Forderungen nicht erfüllt bleiben, werden keine Deputierten in die Schiedsgerichtscommission gewählt werden.

Petersburg, 2. März. In dem an der Eisenbahn Nishni-Novgorod gelegenen Fabriksort Drehowo-Sujevo sind gegen 60,000 Arbeiter der Fabriken von Morosow, Bogorodski und anderen in den Ausstand getreten. Der Ausstand hat unter den Arbeitern zu Streitigkeiten geführt, bei denen mehrere von den Arbeitern erschlagen wurden. Die hiesige Blätter aus Moskau melden, entstanden die Streitigkeiten dadurch, daß Arbeiter einen Fabrikanten überfielen, während andere ihnen entgegenritten. Im Wiborg-Stadtteil von Petersburg sind gestern 1000 Arbeiter aus großen Fabriken ausständig geworden.

Reval, 2. März. Die meisten Werkstätten- und Fabrikarbeiter haben heute neuerdings die Arbeit eingestellt.

Kosow, 2. März. Heute sind die Druckarbeiter in den Ausstand getreten. Es kam zu einigen Zusammenstößen mit Militärpatrouillen, bei denen einige Personen verwundet wurden.

Bjeloostok, 2. März. Gestern sind hier 20 Arbeiter sämtlicher Fabriken, Werkstätten und Druckereien im ganzen nahezu 10,000 Mann, in den Ausstand getreten.

Vom ostasiatischen Krieg.

Petersburg, 2. März. Der Kriegsminister ordnete die Entsendung von 120,000 Gewehren und 11 Feldbatterien nach dem Kriegsschauplatz an. Diese Entsendung beweist, daß die Regierung entschlossen ist, den Krieg mit aller Energie fortzusetzen. Im Generalsstab wird erklärt, daß russischerseits alle Vorkehrungen getroffen seien zu einem etwaigen Rückzug auf Tieling oder Chabin.

Petersburg, 2. März. Gestern Abend wurde amtlich zugestanden, daß General Gribenberg vor einen Untersuchungsrat gestellt werden wird.

Paris, 2. März. Ein Generalstabssoffizier erklärte, er sei überzeugt, daß die gegenwärtige japanische Demonstration auf der russischen Flanke nur der Vorbote einer großen und allgemeinen Schlacht sei. Der russische Generalstab rechne mit einer Schlacht von drei Wochen. An amtlicher Stelle wird erklärt, daß die Russen während der letzten fünf Tage 8000 Mann an Toten und Verwundeten eingebüßt haben.

Petersburg, 3. März. Die vom Kriegsschauplatz eingetroffenen Meldungen bestätigen, daß Kuraki der Armeedes Generals Linnewitsch eine schwere Niederlage beigebracht hat, indem er die Flanke umging und sie zwang, auf das russische Zentrum zurückzugehen. Kuraki setzte seine Vorwärtsbewegung in der Richtung auf Mukden fort.

Sachetun, 1. März. Das Artilleriegeschütz dehnt sich über die ganze Front in einer Länge von 120 Werst aus. Die im Osten stehende Abteilung bei Kubidza warf die Japaner zurück. Die Japaner wurden aus dem Tunisialingpaß in die Gegend des Gutulingpaßes zurückgeworfen, wo sich ein Infanteriegeschütz entspann. Die Gegend beim Butilowhügel wurde mit 11zölligen Geschützen beschossen. Die russischen Batterien erwiderten das Feuer. An der Schabobridge ist ein erbitterter Kampf im Gange. Der in der Nähe befindliche kleine Wald ging in die Hände der Japaner über, die ihn endgültig besetzten. Es geht das Gerücht, daß eine auf der äußersten rechten russischen Flanke im Marsch auf den Maosung befindliche japanische Division in Kalome angekommen sei. Die Verluste sind nicht bedeutend, weil die Angriffe von wenig zahlreichen Truppen ausgeführt worden sind.

Sachetun, 2. März. Auf dem linken russischen Flügel wogte in der vergangenen Nacht ein heftiger Kampf. Die Ostabteilung in der Ostschicht Kubidza wies den heftigen Angriff der Japaner zurück und behauptete ihre Stellung. Nachdem sie jedoch zwei Bässe besetzt hatten, wurde die Kolonne von den Japanern stark bedrängt und erlitt große Verluste. Die russische Vorhut wurde in der Nähe von Ubenupusa dreimal von den Japanern angegriffen; sie schlug aber die Angriffe zurück. Weiter nach Westen griffen die Japaner den Gutulingpaß an; einige Angriffe wurden zurückgeschlagen. Morgens hörte der Kampf auf. Die russische Vorhut zog sich aus den von der japanischen Artillerie zerstörten zwei Vorbesetzungen nach den zunächst dahinterliegenden mehr besetzten Stellungen zurück. Gegen 6 Uhr morgens griffen die Japaner Kanschunnu im Bezirk von Kanalsana an, wurden aber zurückgeschlagen. Seit heute früh bestreihen die Japaner die ganze Gegend um den Butilowhügel. Auf dem rechten Flügel der Russen herrscht lebhaftes Geschützfeuer.

Tokio, 2. März. Neuter. Der rechte japanische Flügel bringt vorwärts und vertreibt die Russen aus ihren Stellungen. Nachdem die japanische Truppenmacht Tsinkhichen eingenommen hatte, verfolgte sie nunmehr den Feind nordwärts. In Tsinkhichen sind den Japanern große Mengen von Proviant in die Hände gefallen. Auch aus der Gegend von Senidu vertreiben die Japaner den Feind allmählich aus seinen Stellungen. Die am Schachostehenden japanischen Truppen nahmen Sammupaku und Tschachihutun ein.

Aus der Partei.

Heildronn, 1. März. Eine zahlreiche Zuhörerschaft nahm vorgestern Abend im Saale der Allianshallen den Vortrag des Landtagsabg. Weg über das neue Steuergesetz entgegen. Am Schluß des Vortrags dankten die Zuhörer dem Redner durch lebhaften Beifall.